

DIE LINKE. Sachsen

Landesvorstand

Niederschrift der Klausur des Landesvorstandes am 14. – 16. November 2014

Teil 3: 16. November 2014

Ort: Hotel Elbflorenz Dresden

Anwesende Mitglieder:

Fabian Blunck, Sarah Buddeberg, Cornelia Falken, Antje Feiks, Rico Gebhardt, Stefan Hartmann, Jayne-Ann Igel, René Jalaß, Susanna Karawanskij, Silvio Lang, Tilman Loos, Sabine Pester, Heinz Pingel, Michaela Vogel, Dagmar Weidauer

Entschuldigte Mitglieder:

Claudia Jobst, Heiko Kosel, Verena Meiwald, Kevin Reißig, Heiko Rosenthal, Efstathios Soudias, Juliana Zybul

Anwesende Kreisvorsitzende:

siehe Anwesenheitsliste

Gäste/Mitarbeiter:

Ralf Becker (Sprecher LaRa), Michael-Alexander Lauter (Sprecher LaRa)

Niederschrift:

Robert Wünsche

Vorgelegte Drucksachen / Unterlagen / Protokolle zur Information:

Drucksachen:

DS 4 - 221 - Die AfD - Umgang mit ihr und weitere Diskussion zur Einordnung

Tagesordnung:

	Tagesordnungspunkt	Drucksachen
1	Die AfD - Umgang mit ihr und weitere Diskussion zur Einordnung	DS 4 - 221
2	Regionalkonferenzen zur Wahlauswertung und der weitere Wahlauswertungsprozess - auf dem Weg zur Strategiedebatte	B 4 - 199
3	Kommunalwahlen und ihre Auswirkungen/Folgen	
4	Landratswahlen und Bürgermeister/innenwahlen im Jahr 2015	
5	Regionalprinzip der Landtagsabgeordneten - Zwischenstand	
6	Sonstiges	
7	Finanzen 3. Quartal / Finanzen auf Landes- und Bundesebene für 2015 und darüber hinaus	

Sonntag, 16. November 2014

TOP 1 – Die AfD – Umgang mit ihr und weitere Diskussion zur Einordnung (DS 4 - 221)

- Thema auf Tagesordnung, weil aktuell; wurde gestern im Landesvorstand vorab besprochen
- AfD nicht gleichzusetzen mit der NPD
- Kerstin Köditz, Stefan Hartmann und Genoss/innen aus anderen Landesverbänden wirken in der AG des Parteivorstandes mit
- Fraktion hat Entscheidung zum Papier vertagt, was ein ungünstiges Zeichen ist
- Drucksache wurde modifiziert
- Punkt 2 ist für Genoss/innen gedacht, die in den kommunalen Vertretungskörperschaften mit der AfD

umgehen müssen → hier gibt es unterschiedliche Pros/Kontras

- AfD wesentlicher gefährlicher als NPD (weniger wegen nicht fertiger Programmatik; mehr wegen national-konservativem Bereich, in dem sich die AfD bewegt)
- AfD hat (trotz des fehlenden Programmes) reichlich Positionen veröffentlicht

aus der Diskussion:

- Hype der AfD sorgt dafür, dass bekannte oder unauffällige Menschen (aus anderen Parteien) für die AfD kandidiert haben und in kommunale Vertretungskörperschaften eingezogen sind
- in Gewerkschaften; besonders bei der IG-Metall bekennen sich immer mehr Menschen offen zu AfD-Mitgliedschaft
- Rassismus ist kein Randphänomen, sondern ein Problem der Mitte der Gesellschaft
- auch Arbeiter/innen sind nicht immun gegen rassistisches Gedankengut; auch der freundlichste Fahrlehrer kann rassistisches Gedankengut haben
- diese Leute müssen sich sehr wohl dafür rechtfertigen, dass sie in einer rassistischen Partei sind (auch wenn sie selbst kein geschlossenes, rechtes Weltbild haben)
- Menschen, die vorher bei/um uns agiert haben und nun mit der AfD gemeinsam/für die AfD arbeiten, genießen nicht mehr unser Vertrauen; dieses Misstrauen ist die Basis für den Umgang mit diesen Menschen
- diesen Menschen sollte man sagen: „Entweder du findest das gut, was die AfD fordert oder du bist dort falsch.“
- die aktuelle Parteizugehörigkeit der AfD-Mitglieder sollte Entscheidungsgrundlage sein; nicht ob sie früher in anderen Parteien waren oderl sonst nette Menschen sind
- Eintritt (oder Kandidatur) ist bewusste Entscheidung von Menschen, welche dann mit Kritik umgehen müssen (auch wenn sie der liebe Nachbar sind)
- AfD geht im bürgerlichen Milieu viel subtiler vor, als die NPD (siehe Forderung nach ‚Zweiklassen-Wahlrecht‘)
- weder mit ‚AfD demokratisch rechts der CDU‘ noch ‚AfD undemokratisch rechts der CDU‘ sollte man zusammenarbeiten
- AfD ist in der Wahrnehmung der unpolitischen Menschen keine rechtsextreme Partei → unsere Antwort muss daher eine andere sein (inhaltlich)
- das ist schwierig, wenn es AfD-Anträge gibt, die wir unterschreiben könnten
- es wird inhaltliche Unterstützung / Zuarbeit für unsere Kommunalpolitiker/innen benötigt solange die AfD im demokratischen Teil bleibt, muss man ergebnisoffen denken
 - vorgelegtes Papier greift Differenzierung auf und ist daher sinnvoll
- AfD ist Sammelbecken unterschiedlicher politischer Couleur
- klare Abgrenzung im Parlament muss sein
- keine gemeinsame Erklärungen / Pressemitteilungen; sollte klar mit in Beschluss reinformuliert werden
- Wie können (linke) Wähler/innen der AfD zurück gewonnen werden?
- zur Europawahl haben wir gutes Ergebnis der AfD erwartet; diese Partei greift aber auch den Zeitgeist der Menschen vor Ort auf
- AfD macht Politik der Entsolidarisierung; das passt in die Zeit der Entsolidarisierung
- AfD hat Sympathieträger/innen in der Öffentlichkeit, die die NPD niemals hatte
- AfD darf nicht hart isoliert werden, sondern muss inhaltlich bekämpft werden
- AfD hat keine Positionen außer das Landtagswahlprogramm
- Papier sollte heute beschlossen werden
- von unseren Wähler/innen 2009 haben 2014 „nur“ 4 % die AfD gewählt; große absolute Wähler/innen-Wanderung ist daher ein Trugschluss, da DIE LINKE als Partei mit absolut vielen Stimmen mehr verliert als kleine Parteien → die Wanderung ist irrelevant und unnötig mit Schuldfrage behaftet
- zur NPD nicht nur ein qualitativer Unterschied sondern vor allem ein quantitativer Unterschied
- wenn wir parlamentarische Isolierung fordern, ist die Frage, wie gut das bisher (z.B. bei der NPD) funktioniert hat
- es ist vom Konsens auszugehen, dass wir die AfD ablehnen → unklarer ist, ob wir die AfD für die schlimmere CDU oder bessere NPD halten
- es ist nicht wahrscheinlich, dass DIE LINKE die AfD inhaltlich verändern wird
- die Strategie muss sich dem Ziel unterordnen (nicht, dass wir die AfD auf bestimmten Ebenen höher heben)
- die gesellschaftlicher Wirkung der AfD sollte eingeschränkt werden (nichts tun, was den Charakter eines Bündnisses darstellt)

- Ausgrenzung ein falsches Ziel; 2 Versuche in Sachsen gescheitert (LINKE-Ausgrenzung gescheitert; NPD-Ausgrenzung parlamentarisch erfolgreich, gesellschaftlich gescheitert) → Ausgrenzung führt zur Aussage „Das wird man ja wohl noch sagen dürfen.“
- strategische Frage: Ist NPD durch Ausgrenzung geschwächt oder gestärkt wurden? → Unterschied: NPD-Anmeldung unter Tarnnamen in Räumlichkeiten konnte häufig verhindert werden; die AfD hat da keine Probleme
- andere Parteien haben anderen Umgang mit der AfD als wir (das kann uns auch zum Buh-Mann/-Frau machen)
- eine gute Strategie macht sich nicht daran fest, ob sie erfolgreich ist, sondern ob sie das maximal Mögliche erreicht
- reaktionäre Anträge von AfDlern müssen genauso abgelehnt werden, wie reaktionäre Anträge von CDUlern oder SPDlern; dieser Punkt im Papier ist daher überflüssig
- AfD sammelt Protestpotential ein und will „Mehr-Klassen-Demokratie“ einführen
- Länge eines Papiers Geschmackssache; die meisten Leute wollen weniger lesen, statt mehr; das Thema muss sowieso inhaltlich tiefer verfolgt werden
- vorläufige Handlungsvorschläge zu beschließen ist besser, als gar keine Handlungsvorschläge zu beschließen
- AfD macht Homophobie und Frauenfeindlichkeit hoffähig
- die CDU hat eine Programmatik; wenn einzelne CDUler sich homophob, sexistisch oder rassistisch äußern, können sie mit dem Programm oder anderen Mehrheitsbeschlüssen zurückgedrängt werden
- die AfD äußert sich öffentlich und (intern) unkritisiert zu bestimmten Positionen
- AfD sollte viel stärker vorgeworfen werden, welche Pro-Kultur sie angreifen (Flüchtlinge, Recht auf sexuelle Selbstbestimmung)
- das Papier heute, so sinnvoll es ist, kann nicht das Finale sein
- DIE LINKE wählen Leute, weil wir gegen Nazis sind, andere obwohl wir gegen Nazis sind → bei der AfD ist es umgekehrt ähnlich

Diskussion um imperatives Mandat:

- es handelt sich Handlungsempfehlungen
- „in der Regel“ führt zu Ausgrenzung und Opferrolle; die Wirksamkeit der AfD sollte eingeschränkt werden
- „mehrheitlich abzulehnen“ ersetzen durch „grundlegend nicht zustimmen“
- „ablehnen“ ist die stärker Form, die die Auseinandersetzung mit dem Thema fördert
- um Vorgehen zu ermitteln, ist es wichtig, dass sich Fraktionen damit befassen und positionieren
- viel wichtiger auf kommunaler Ebene ist Argumentationshilfe, statt Handlungsempfehlungen mit „in der Regel“
- es gibt ein Spannungsfeld zwischen Anträgen, die wir wollen und die Wirksamkeit der AfD einzuschränken; deshalb kein „regelmäßiges Ablehnen“
- wir brauchen Erfahrungsaustausch über die AfD
- Musterargumentationen können nicht schaden
- 2019 könnte es auf Landesebene einen rechts-konservativer Koalitionstest geben
- es ist davon auszugehen, dass Genoss/innen AfD-Anträge in der Regel ablehnen; der Ergänzungs-Halbsatz ist verzichtbar; die Nicht-Bündnis-Hinweise sollte rein.
- es liegt nicht an uns, ob die AfD normalisiert wird; das hängt eher von der Entscheidung der CDU (Mehrheitsbeschaffer oder Konkurrent) ab
- Debatte um AfD muss qualifiziert werden, da wir zu wenig wissen um diese Partei haben
- vor Entwicklung einer Strategie muss ein IST-Stand analysiert werden

Empfehlung der Kreisvorsitzenden:

Änderungsabstimmung „in der Regel abzulehnen“

→ 7 / 2 / 2, angenommen

Änderungsabstimmung „Anträgen der AfD sollte grundsätzlich nicht zugestimmt und sie sollten nach Möglichkeit abgelehnt werden“:

- Gegenrede: Handlungsvorschläge auch ohne „in der Regel“ stark genug; Ausnahmen ermöglichen das Auslassen, sich mit der rassistischen Ideologie auseinanderzusetzen

→ 1 / 11 / 3, abgelehnt

Änderungsabstimmung zu Änderung („in der Regel“ streichen):

→ 5 / 7 / 3, abgelehnt

Änderungsantrag „Wir empfehlen zu prüfen...“ streichen:

→ 2 / 8 / 4, abgelehnt

Endabstimmung DS 4 - 221:

→ 13 / 0 / 2, angenommen

TOP 2 – Regionalkonferenzen zur Wahlauswertung und der weitere Wahlauswertungsprozess – auf dem Weg zur Strategiedebatte (B 4 – 199)

- Zukunftskongress in Vorbereitung → Landesverband beteiligt sich; sächsische Beratung am 21.03.2015
- Katja Kipping und Caren Lay bei letzter Vorstandssitzung zu Gast
- im Oktober 3 Regionalkonferenzen mit guter Beteiligung durchgeführt
- manchmal Widersprüche, dennoch gute Debatte
- positiv: unterschiedliche Positionen, aber keine gespaltener Landesverband
- Unrechtsstaatsdebatte sehr prägend; Landesvorstand hat dazu beraten und Erklärung beschlossen → Grundsatzkommission wurde gebeten, in die Strukturen zu gehen
- Abstimmung mit der Fraktion notwendig, wie Zukunftskongress vorzubereiten
- Abstimmung notwendig, wie mit dem Wahlauswertungspapier umzugehen (Papier für Landesparteitag, Strategiekonferenz)
- 2015 finden OB-Wahlen und Landrats-Wahlen statt, was die zukünftige Strategie betrifft
- im Parteivorstand wurden Wahlergebnisse der letzten Jahre analysiert
- Parteivorstand hat 5 Arbeitsgruppen eingerichtet:
 - sozial Sicherheit (geleitet von Katja Kipping)
 - gute Arbeit (geleitet von Berndt Riexinger)
 - Demokratisierung (geleitet von Matthias Höhn)
 - Umverteilung/Steuerungerechtigkeit (geleitet von Axel Troost)
 - sozialökologischer Umbau (geleitet von Caren Lay und Janine Wissler)
 - Außenpolitik (Tobias Pflüger, Heinz Bierbaum, Bernd Riexinger, AG Internationales)

aus der Diskussion:

Wahlauswertung:

- in den Kreisen kann und sollte weiter diskutiert werden; Anträge/Positionierungen sollte erst im Herbst (nach Abschluss) des Prozesses geben → Wahlauswertung sollte nicht bis zum Landesparteitag geschoben werden; Kleiner Parteitag Anfang des Jahres wäre günstiger
- Frage: Wie stellt sich die Partei künftig in der Fläche auf?
- ‚Thüringen‘ kein Einzelfall, sondern betrifft ganze Partei; war ein langer Weg bis dahin
- erstaunlich, was die Thüringer/innen mit weniger Menschen und weniger Geld erreicht haben
- Stadtverband Leipzig hat ausführliche, milieuspezifische Analyse gemacht; Muster steht für andere Kreisverbände zur Verfügung
- Wird nach Finanzverteilung und einheitlichem Erscheinungsbild analysiert? → nein, Finanzen noch in Arbeit
- dies in laufender Wahlauswertung berücksichtigen
- Kreisverbände schauen noch mal in die Ausgaben für ihre Wahlkreise
- keine Verhältnis Wählerstimmen <-> Finanzeinsatz aufbauen
- Wähler/innengruppen (unsere Wähler/innen und Wähler/innen anderer Parteien) sollten genauer überprüft werden
- es gibt unterschiedliche Gründe für strategische Wahlkreise; dafür sollte es verbindliche Kriterien geben
- auf ländlichen Raum gemeinsame Absprachen mit anderen Partner/innen notwendig
- Bündnisse kann man schaffen; ist aber kein Garant für ein Direktmandats-Gewinn → bei Landratswahlen wäre das möglich; für Landtags- und Bundestagswahl ist das komplizierter

- die innerparteiliche Repräsentanz sollte nicht nur durch Direktmandate, Mitglieder- und Wähler/innen-Zahl aufgebaut sein
- Machtverschiebung findet nicht durch Gewinn von Direktmandaten statt; Direktmandate sind eine Folge von Machtverschiebungen zu unser Gunsten
- bei momentaner Lage, schaden uns Direktmandate eher, da Überhangmandate wegfallen
- strategische Wahlkreise sollten daran gemessen werden, welche realen Errungenschaften wir gewinnen können
- strategische Wahlkreise sollten daran gemessen werden, welchen Vorteil sie für die Landesebene haben
- im Wahlkampf sollte es für die Öffentlichkeitsarbeit viele strategische Wahlkämpfe geben, auch wenn keine Mittel parteiintern umgelenkt werden; positive Öffentlichkeitsarbeit über angeblich ‚strategische Wahlkämpfe sind dreimal mehr wert, als die Mittel, die man real reinsteckt
- unterschiedliche demographische Grundtendenz wirkt auf dem Land noch mal stärker

Unrechtsstaatsdebatte:

- Informationen mit Verzug eingetroffen, da Verzögerungen im Mitgliederprogramm
- 8 Austritte durch ‚Unrechtsstaatsdebatte‘, wobei unklar, ob Hauptgrund oder einer von mehreren Gründen und dann Auslöser
- Information nicht vollständig, da Barzahler/innen mit Zahlungsverweigerung noch nicht erfasst

Kampagne:

- Kampagnen-Rat eher ein Informationsgremium
 - Termin für Kampagnen-Workshop muss noch gefunden werden
 - Workshop dauert ca. 7 Stunden
 - Welche Themen sind Schwerpunkte in Sachsen?
 - alle Kreisverbände sollten bei diesem Workshop vertreten sein (nach Möglichkeit mit Anbindung an Kreisvorstand)
- Die Landesgeschäftsführerin wird gebeten, einen Termin zu finden.

TOP 3 – Kommunalwahlen und ihre Auswirkungen/Folgen

Fraktionsaustritte:

- gab Fraktionsaustritte nach nicht stattgefundener Wiederwahl
- in Löbau und Torgau
- sind das Einzelfälle? → ja

Vereinbarungen mit Amtsinhaber/innen:

- gab die Bitte Vorlagen für Vereinbarungen mit Amtsinhaber/innen zu erstellen
- es wird derzeit geprüft, dass Vereinbarungen auch für Mandate kommunaler Gebietskörperschaften möglich sind
- Vorlagen werden demnächst rumgeschickt

TOP 4 – Landratswahlen und Bürgermeister/innenwahlen im Jahr 2015

- Soll mit SPD/Grünen auf Landesebene über Kandidat/innen-Absprachen verhandelt werden?
- wenn Absprache mit SPD/Grünen, dann koordiniert über die Landesebene

aus der Diskussion:

- in Görlitz (richtige) freie Wähler entscheidungsrelevant
- auf Landesebene sollte das Gespräch mit SPD/Grünen geführt werden
- in Bautzen gäbe es einen Kandidaten, allerdings ist ein Gewinn des Mandats ohne Absprache nur schwer möglich
- in Erzgebirge starke CDU und freie Wähler
- Thema ‚Bürgermeisterwahlen‘ muss auch behandelt / abgestimmt werden
- in Meißen unabhängige/r Kandidat/in im Blick; Gespräche werden geführt
- auch muss abgestimmt werden, was in einem zweiten Wahlgang passiert; nicht nur die (gemeinsame) Kandidat/innenaufstellung

- in Nordwestsachsen wird der bisherige Kandidat antreten; Richtung der SPD wird bis deren Parteitag unklar sein; Vorbehalte gegen Absprache vor Ort groß, da SPD bei letzter Landratswahl offensichtlich nicht an Absprachen gehalten hat
- Absprachen sollten nur gemacht werden, wenn es eine reale Aussicht auf Erfolg gibt
- auch in Zusammenarbeit mit freien Wähler/innen sollten Kandidat/innen von LINKE/SPD aufgestellt werden, um die Erosion von Parteien nicht unnötig zu beschleunigen
- im Vogtland finden Gespräche zwischen CDU und SPD statt

TOP 5 – Regionalprinzip der Landtagsabgeordneten - Zwischenstand

- zur Beschlusslage → es wurde über das Papier gesprochen (Fraktions-AG: Luise Neuhaus-Wartenberg, Verena Meiwald, Mirko Schulze, Sarah Buddeberg; als Gast Antje Feiks)
- Anforderungen für Regionalmitarbeiter/innen wurden definiert
- juristische Fragen wurden geklärt

zum Inhaltlichen:

- 4 Regionalmitarbeiter/innen sollen eingestellt werden
- Aufgaben, bei welchen alle Regionalmitarbeiter/innen mitarbeiten
- je eine weitere Aufgabe pro Regionalmitarbeiter/in

Aufgaben:

- *vernetzen, öffentliches Wirken*
- *Schnittstelle Fraktion <-> Kreisverbände*
- alle Abgeordneten haben unterschrieben
- Bewerbungsfrist bis 30.11.2014
- Bewerbungsgespräche 01.-15.12.2014
- Personalvorschläge werden im Einvernehmen beschlossen
- Personalfindungskommission (AG-Mitglieder siehe oben) + Klaus Tischendorf + Janina Pfau entwickeln vereinheitlichte Bewerbungsfragebögen
- Personalkosten vereinbar 2.700 EUR brutto / 30 Stunden
- Sachkosten (Fahrtkosten, Mitarbeiter/innen-Ausstattung, Solidarausgleich unter den Regionen)

aus der Diskussion:

- Unruhe in der Partei durch Umstände im Bewerbungsverfahren
- sitzen die Regionalmitarbeiter/innen in der Region oder in einer Großstadt, um auszuschwärmen? → ja, Abgeordnetenbüros pauschal zur Verfügung gestellt
- konkretes Büro wird mit Mitarbeiter/in und Regionen abgestimmt
- Wo werden die Stellen ausgeschrieben? → Fraktions-Webseite; wird in Partei gestreut
- Einstellungsverfahren wird noch mal anstrengend (27 Abgeordnete im Einvernehmen notwendig)
- Abgeordnete stehen in der Pflicht, sich im Interesse der Fraktion und der zukünftigen Mitarbeiter/innen zu einigen → ‚Einvernehmen unter 27 Abgeordneten‘ verhindert, dass Regionalbefindlichkeiten in allen einzelnen Regionen ‚durchdiskutiert‘ werden
- Ausgestaltung des Verfahrens wurde ausführlich diskutiert
- auch Nachjustierungen am Prinzip können diskutiert werden
- öffentliche Kommunikation: die Regionalmitarbeiter/innen sind nach wie vor Mitarbeiter/innen der Abgeordneten, nicht der Fraktion

TOP 6 – Sonstiges

Windows-, MGL4web- und Datenschutzeschulungen:

- sind gesetzlich verpflichtet
- Mitgliederprogramm wird nicht komplett genutzt (MGL4Web-Schulung)
- durch Betriebssystem-Umstellungen gibt es Fragen zu Windows/Office-Anwendungen
- Schulungen sollen vor Ort stattfinden (Kreisverband oder mehrere Kreisverbände zusammen)
- Die Kreisverbände werden gebeten im ersten Quartal 2015 diese Schulungen durchzuführen.

Jahresplanung 2015:

- Terminplanung wurde schon verschickt
 - neues Kalender-System des Landesvorstandes zum Einbinden in Outlook, Thunderbird und Handy
 - Termine muss also nicht jeder selbst eintragen, sondern kann gemeinsamen Kalender einbinden
- Kontakt: Dieter Karich

Links! Konzeptfortschreibung und Versandentscheidung:

- Landeszeitung wird konzeptionell noch mal überarbeitet
- Sind regionale Teile in der Zeitung möglich? → prinzipiell ja
- Landeszeitung soll mehr für Mitgliedereinbindung verwendet werden
- Zeitung soll allen Mitgliedern zugeschickt werden (um wirklich alle zu erreichen); dafür zukünftig 6 statt 10 Ausgaben
- Subunternehmer/innen beim Versand haben keinen Mindestlohn bezahlt; deshalb Umstieg auf Deutsch Post
- entspricht weitestgehend den Anforderungen der Partei, nicht 100%ig, da auch Post ganz vereinzelt Subunternehmer/innen beschäftigt
- Zahlt Siblog Mitarbeiter/innen für ihr eigenes Lager Mindestlohn? → ja

TOP 7 – Finanzen 3. Quartal / Finanzen auf Landes- und Bundesebene für 2015 und darüber hinaus

- Vorstandshaushalt: 1,5 Millionen

Änderungen:

- Länderfinanzausgleich (auf staatlicher Teilfinanzierung) ist zurückgegangen
- durch unser Wahlergebnis gibt es bei den nächsten Wahlkämpfen weniger Wahlkampfrücklagen
- jährlich mind. 80.000 Euro weniger (Beiträge, staatl. Mittel, Länderfinanzausgleich)
- ausgeglichener Haushaltsplan für 2015 sollte angepeilt werden

Personalkosten:

- werden trotz wahrscheinlicher Tariferhöhung Einsparungen haben, da Personalstellen in der Landesgeschäftsstelle reduziert wurden
- wir geben für Personalkosten weniger aus, als vergleichbare Landesverbände
- weniger vorhandenes Personal arbeitet an Belastungsgrenze; einfache Einsparung einer Stelle wird keine Lösung sein
- 1 Buchhalter/in-Stelle wurde abgebaut
- in Leipzig wurde 0,5 Stellen reduziert
- ein Mitarbeiter beginnt Sommer 2015 seine Altersteilzeit
- es muss entschieden werden, was mit der Stelle passiert (Wiederbesetzung vorerst im Plan)
- bei Geschäftsbetrieb werden wir nichts einsparen können
- über sonstiges Einsparpotential muss zu beraten sein

Tarifverhandlungen:

- Forderung 5,5 % mit der Begründung, dass letztes Jahr Nullrunde gab (dafür gab es Arbeitszeitverkürzung um 0,5 h und Altersteilzeit)
- Verhandlungen finden auf Bundesebene statt

f.d.R.

Dresden, 16. November 2014



Antje Feiks
Landesgeschäftsführerin